Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 67. VIII. BAND 1. August 1917.

INHALT:

1. Nach dem Kanzlerwechsel.
2. **Prof. K. Georgiew:** Polen und Bulgarien.
3. **Hungarus:** Die Freunde Polens in Ungarn.
4. Eine Erklärung des Provisorischen Staatsrates.
5. **F. Kreczowski:** Polen und Russland.
6. Die deutsche Kaufmannschaft und die Rechtssprechung in Polen.
7. Notizen.

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die nächste Nummer der „Polnischen Blätter" erscheint gegen den 20. ds. Mts. als Doppelheft.

Nr. 67. 1. August 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Nach dem Kanzlerwechsel.

Der zurückgetretene Reichskanzler, Dr. von Bethmann-Hollweg wird auch in den Annalen der polnischen Geschichte sein Blatt besitzen. Es wird ihm zu seinem Ruhm angerechnet werden, dass er der leitende Staatsmann Deutschlands war, der die Bedeutung des polnischen Elementes und der polnischen Frage erkannt hat und zu würdigen verstand. Seine Entwicklung auf diesem Wege wird durch einige Marksteine scharf bezeichnet. Vom „nunquam retrorsum“ bis zur Aufhebung des Enteignungsgesetzes, von der Anwendung dieses Gesetzes, das gewiss kein nur innerpolitischer Akt war, durch die Betonung des Gegensatzes zwischen der germanischen und slavischen Welt in seiner berühmten Reichstagsrede, zur Proklamierung des polnischen Staates, zieht sich eine folgerichtige notwendige Linie, eine im grossen geschichtlichen Stil erfolgte Entwicklung, die nicht nur für zwei Nationen, sondern für die ganze Weltgeschichte von bahnbrechender Tragweite ist. Dass diese Linie vom deutschen Standpunkt aus gezeichnet ist, das wundert keinen verständigen Polen; es muss vielmehr anerkannt werden, dass unter den gegebenen Umständen nicht nur ehrlicher Wille und nicht nur politischer Weitblick. sondern auch Mut dazu gehört hat, um den neuen Weg zu beschreiten, den Herr von Bethmann Hollweg gewählt hat und der gewiss nicht mit billigen Blumen besäet ist Der Reichskanzler hat die entscheidenden Schritte getan. Nicht ein enges Interesse hat ihm vorangeleuchtet. In der grossen Reichstagsrede vom 16. August 1915. in der er das von den siegenden verbündeten Heeren befreite Polen begrüsste, sprach er allgemeine Grundsätze von prinzi-

pieller Bedeutung aus. Ohne damals bestimmte Zusagen zu machen, sagte der Reichskanzler, dass die heutige Besetzung der polnischen Grenze gegen den Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen soll, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffen wird. Solche Worte bedeuten viel mehr, wie ein starres, vom Utilitarismus des Augenblicks getragenes Programm; um alte Gegensätze zwischen zwei Nachbarvölkern aus der Welt zu schaffen, muss gründliche, staatspolitische und kulturelle Arbeit geleistet werden, wobei natürlich nur der Stärkere und Besitzende — Geber sein kann. Die Grundsätze, die der Reichskanzler damals aufstellte, basierten auf der Grundlage der edelsten, weltgeschichtlichen Ideen, die in jedem polnischen Herzen einen lebhaften Wiederhall wecken mussten „Wir sind es nicht, die die kleinen Staaten bedrücken, wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der grossen und kleinen Nationen. Ich sage das nicht nur in Bezug auf die Völker germanischer Rasse.“ Hätte damals die Welt diese Worte verstanden, wären sie doch zur Richtschnur der praktischen Politik im Völkerverkehr geworden! Von einem neuen Europa sprach damals Herr von Bethmann Hollweg. „Dieser ungeheure Krieg, der die Fugen der Welt klaffen macht, wird nicht zu alten, vergangenen Zeiten zurückführen“ — zu Zeiten der organisierten internationalen Ungerechtigkeit, zu den Zeiten des Völkerhasses . . .

Unter dem Einfluss dieser grosszügigen Ideen haben wir es damals unternommen, unsere Zeitschrift „Polnische Blätter“ herauszugeben, und mit Freude begrüssten wir alle Schritte der verbündeten Mächte, die zur Verwirklichung dieser Ideen führten, besonders aber das Manifest vom 5. November 1916. Wie viel tatenlose Zeit war doch zwischen der Rede am 16. August 1915 und dem Manifest vom 5. November 1916 verflossen! Hätte denn diese bedeutende Zeitspanne für die Beseitigung der alten Gegensätze nicht besser

ausgenützt werden können? Wir wissen es ganz genau, dass in der Zwischenzeit diejenigen Elemente, die jetzt die schroffste Opposition in Polen bilden, Bitten formuliert haben, an der Seite der Zentralmächte eine starke Armee aufstellen zu dürfen. Verkünder war Herr von Bethmann Hollweg, zum Vollzieher zu werden hat ihm das tragische Geschick — das vielleicht in seiner eigenen Brust wohnte — nicht erlaubt.

Einen grossen Vollzieher erwartet heute die Zeit für alle diese reformatorischen Ideen, die der fünfte Reichskanzler in grossen Zügen und in abgemessenen Schritten der Welt aufgezeichnet hat und die wirklich geeignet sind, ein „neues Europa“ zu schaffen. Einen grossen Vollzieher erwartet auch das polnische Volk, oder, besser gesagt, es erwartet, dass ihm die Möglichkeit eingeräumt wird, in dem Prozesse der Erneuerung — Mithelfer, Mitarbeiter, besonders aber Meister seiner eigenen Zukunft sein zu dürfen.

Der geschichtliche Augenblick ist für uns schwer und birgt verschiedene Gefahren, aber auch positive Ansätze zu günstigen, für das Wohl der Zentralmächte, ja, des erhofften „neuen Europa“ sehr wichtigen Entscheidungen. Das steht heute fest, dass im kommenden Europa Polen nicht mehr durch seine Abwesenheit glänzen wird, in dieser oder jener Form wird es zum lebendigen Faktor werden. Nach unserer Ueberzeugung soll und kann es zu diesem Faktor für die Allgemeinheit eben nur an der Seite dieser Grossmächte werden, die seine Fesseln gesprengt haben, und die Herrn von Bethmann Hollweg verkünden liessen, dass sie „wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der grossen und der kleinen Nationen“. Angesichts dieser Ausblicke muss aber praktische, schöpferische Arbeit geleistet werden und zwar von beiden Seiten.

Den Polen diese Arbeit zu ermöglichen, ist das dringendste Gebot der Stunde und eine eiserne Notwendigkeit der Zukuft. Es sprechen dafür innen- und aussenpolitische Gründe.

Wir haben in der letzten Zeit in der Heimat traurige Vorkommnisse erlebt. Niemand bedauert das tiefer als wir, und niemand ist entschiedener eingetreten für eine starke, zielbewusste Regierung. Jedermann, der die Dinge einigermassen objektiv beurteilt, wird aber zugeben müssen, dass, um positive Ergebnisse zu erzielen, diese Regierung nur eine einheimische, aus Volksgenossen bestehende — wenn auch für jetzt unter Aufsicht stehende – sein muss. Es ist dies keine Vertrauens- oder Misstrauenssache, sondern einfach eine elementare Tatsache, insofern es sich um Einflussnahme auf Freiwillige, auf ein ganzes Volk handelt. Das hat Napoleon sehr gut begriffen, als er dem von ihm neugeschaffenen Grossherzogtum Warschau den Marschall Davoust als seinen militärischen und den Erzbischof de Pradt als seinen diplomatischen Vertreter zur Seite stellte, aber ein ganzes, aus Polen bestehendes Ministerium mit einem polnischen Kriegsminister — Fürst Josef Poniatowski war sein Name — eingesetzt hat. Dieses Ministerium hat die neuen Einrichtungen eingeführt, die Requisitionen vorgenommen, nicht nur für die eigene Armee, sondern auch später für die Heere des Imperators im Jahre 1812 gesorgt So wurden sämtliche Talente zur Mitwirkung und zur Mitverantwortlichkeit berufen, alle fühlten sich mit dem Befreier verbunden und das polnische Heer verliess ihn nicht bis zum letzten Augenblick, obwohl es kein kaiserliches, sondern ein polnisches war, das nur zur Landesverteidigung verpflichtet war und trotzdem der grosse Korse seinen Fall selbst verschuldet hat, weil er 1812 nicht den Mut hatte, Polen mit Litauen als ein gemeinsames Reich zu proklamieren.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlichte kürzlich einen Aufsatz „Schläfst Du, Polonia?“ Ein Apell an die Polen und eine Frage, warum sie auf den Kanonendonner der letzten russischen Offensive nicht mit einem kräftigen Eingreifen antworteten. Wir gestehen: die Worte der „Kölnischen Zeitung“ brennen uns tief. W i r verstehen das Richtige aus ihnen herauszulesen; w i r

wissen es gut, was das Blut der Legionen während der früheren Kämpfe uns gebracht hat. Aber der schlichte Mann in Polen sagt sich: wo ist das Staatsoberhaupt, wo die Regierung, die uns das Einrücken in die nationale Armee befohlen hat? Der konservative Sinn und der Legitimismus des polnischen Bauern begreift eine andere Rechtsordnung nicht.

Und dann die Rücksichten der auswärtigen Politik. Es kommt nicht auf den billigen Spott des Auslandes an, das vom Staatsrat als von einem lucus a non lucendo spricht; mit Verachtung können wir den gestrigen Freunden des Zarismus antworten. Es kommt auf die Zukunft an, die in ihrem Schosse manche nicht gering zu schätzende Gefahr bergen kann. Die Pläne der Entente in der polnischen Frage treten allmählich aus ihrer Unklarheit heraus. Die englisch-französische Intrige, vom russischen Militärattaché in Paris, Grafen Ignatjew, kräftig geschürt, strebt danach, im Westen und Osten polnische Armeen zu schaffen und an ihrer Seite einen polnischen Venizelismus. Die Tagung der Delegierten der polnischen Soldaten in Russland hat in Petersburg beschlossen, politisch sich der Heimat zu unterordnen, aber die Gegner haben ihr Intrigenspiel noch nicht aufgegeben. Wir erleben neuerdings ein typisches Spiel und Gegenspiel. Die Vertreter von hunderttausenden polnischer Soldaten sagen in Petersburg: wir betrachten den Warschauer Staatsrat als unsere rechtmässige Regierung. Die demokratische Vereinigung in Petersburg, die eine riesige Anzahl von Polen in hervorragenden Positionen vertritt, erklärt in ihrem Programm: wir unterstehen dem Warschauer Staatsrat. Der Nationale Arbeiterbund in Petersburg beschliesst: der Warschauer Staatsrat ist unsere Nationalregierung. Jeder Gegner, jedes Blatt einer Zeitung aus der Heimat sagt uns aber: der Staatsrat hat keine Regierungsbefugnisse . . . er wird höchstens zum Verwalter des Schul- und Justizwesens werden!

Woher soll also die nationale Autorität kommen,

die einen polnischen Venizelismus verhindern soll?

Ueber diese Angelegenheiten, die ihren Ausdruck in den bekannten Entschliessungen des Staatsrates gefunden haben, werden eben, wie die Zeitungen melden, Verhandlungen zwischen den Vertretern der Besatzungsmächte und des Staatsrates in Warschau gepflogen. Es existiert aber noch eine Reihe von Angelegenheiten, die die verbündeten Regierungen untereinander zu erledigen haben. Es ist in der letzten Zeit die galizische Frage aufgeworfen worden. Die „Kölnische Zeitung" hat in einem aufsehenerregenden Aufsatze am 24. Juni d. J. geschrieben, dass mit, natürlich nicht gegen Deutschland, in den gegenwärtigen Verhältnissen für Polen der Anschluss an die Ostsee zu erreichen wäre. Die Demarkationslinie zwischen beiden Okkupationsgebieten legt den Gedanken an die Grenzen Polens überhaupt nahe; handelt es sich doch darum, Polen als leistungsfähigen, überzeugten und ergebenen Verbündeten der Zentralmächte zu gewinnen, das Polen, dessen vitalste Interessen dahin gehen eine entsprechende Grenze im Osten zu erreichen, in einer freien Union mit den dortigen Völkern.

Das sind Probleme der Zukunft Polens, aber nicht nur Polens. Es handelt sich darum, im Einvernehmen mit der Vertretung Polens die Polenfrage als Ganzes so zu ordnen, um unseren gemeinsamen Feinden kein Gebiet zur Einmischung zu lassen. Das soll doch jeder praktische Politiker berücksichtigen. Der Kreuz-Zeitung (Aufsatz vom 25. Juli d. J.) ist es ein leichtes, mit der alten Redensart von den starken wirtschaftlichen Banden zwischen Polen und Russland — die nur im Geiste derjenigen vorhanden sind, die andere patriotische Motive nicht verstehen wollen, — zu hantieren und daraus den Schluss zu ziehen: man sollte in der Polenfrage auf dem bisher beschrittenen Wege Halt machen und von der weiteren Ausgestaltung des polnischen Staates absehen. Wir wiederholen: im Innern des Landes können und müssen geregelte Zustände geschaffen werden, die

einerseits die Aufsichtsbehörden entlasten, andererseits den nationalen Behörden erlauben müssen, als legitime Vertretung des Landes bindende Vereinbarungen mit den Zentralmächten zu schliessen, durch Dienstpflicht eine nationale Armee zu schaffen, an dem Wiederaufbau des Landes zu arbeiten usw.; im Aeusseren werden sämtliche zerstreuten polnischen Kräfte gewonnen und den Intrigen des Feindes wird der Boden entzogen werden. Die Dinge unerledigt lassen, kann nur dem Feinde Nutzen bringen. Die „Kreuz-Zeitung" und die „Vossischen Zeitung" befinden sich im Irrtum, wenn sie glauben, dass ein Aufhalten der Entwicklung in Polen die etwaigen Beziehungen zu Russland begünstigen werde. Das Gegenteil ist der Fall. Je mehr Unzufriedenheit und Gährungen in den einst dem russischen Reiche gehörigen Provinzen herrschen, desto mehr schwillt dem Feinde der Kamm und desto weniger wird er zu Verhandlungen geneigt sein. Auch die unter den Demokraten häufig vorkommenden Vorwürfe können wir nicht als gerechtfertigt anerkennen; wir ersehnen mit Ungeduld ein polnisches Oberhaupt des Staates, aber nur auf der Basis einer demokratischen Neuordnung, ohne die die Reichsidee schwach und wurzellos sein würde; wir ersehnen die Vereinigung mit unseren östlichen einstigen Staatsangehörigen, aber nur auf Grund einer freien Selbstbestimmung.

Eine Menge von Fragen, die ungehörigen Einflüssen entzogen werden müssen . . . . Ein freier Blick gehört dazu, ungetrübt von manchen unerwünschten Vorgängen des Tages. Ein grosses Land, das nach hundertjähriger Knechtschaft, unter den sonderbarsten Umständen ein neues Leben beginnen soll, und dazu unter den Aupizien, von denen es bis jetzt durch schwere Erfahrungen getrennt war, muss schmerzhafte Erschütterungen durchmachen. Das ist ein psychologischer, nicht ein pathologischer Prozess. Verständnisvolle, feine Psychologie ist hier von Nöten, nicht ein scharfes Seziermesser. Das verstehen alle, die die Dinge in Polen nicht durch

die Brille alter Vorurteile beurteilen; wir verweisen auf die Aufsätze der Herrn Ewerth, Wilhelm von Massow, ganz zu schweigen von Friedrich Naumann; Herr von Massow kann gewiss nicht als einseitiger Polenfreund betrachtet werden.

Und hier eröffnet sich ein dankbares Wirkungsgebiet für den neuen leitenden Staatsmann Deutschlands und seinen Wiener Kollegen.

Nicht ein individueller Wille, das Schicksal des Krieges hat alle diese Fragen aufgerollt. Herr von Bethmann Hollweg hat den Ruf der Weltgeschichte verstanden und aus dem Chaos der Geschehnisse neue Formen herausgeholt. Ihre Gestaltung durchzubauen, den Hauch des neuen Lebens ihnen einzuatmen, war ihm nicht mehr vergönnt.

Wir stehen jetzt an einem Wendepunkte. Der Feind lauert, sämtliche Hindernisse werden aber zerflattern wie Schaum im Angesicht der positiven Tatsachen, die gegenwärtig nur Deutschland und Oesterreich-Ungarn schaffen können. Nur muss man das Material mit Verständnis zu behandeln wissen, indem man seine eigene Seele wirken lässt; an dem Webstuhl der Weltgeschichte muss nach einem einsichtsvollen Verkünder ein kraftvoller Vollzieher das Werk leiten.

21. VII. 1917.

Polen und Bulgarien.

Die „Kreuz-Zeitung“ vom 24. ds J. bringt folgende Notiz:

„Polnische Treibereien in Sofia. Wie das „Echo de Bulgarie“ mitteilt, lässt das „Bureau der polnischen Presse“ in Sofia daselbst ein Bulletin Polonais erscheinen mit der Aufgabe, die Bulgaren über die polnische Frage „aufzuklären“ und eine Annäherung der Polen und Bulgaren herbeizuführen. Die Bulgaren sind kluge Politiker und werden sich von polnischen Ränken, die nichts hinter sich haben als ebenfalls englisches Geld und russische Versicherungen, nicht verlocken lassen. Im übrigen bestehen zwischen Bulgaren und Polen Scharfe völkische Gegensätze. Die sparsamen, schlich-

ten und nüchternen Bulgarien können sich mit der Anmassung, Verschwendungssucht und Ueppigkeit der Polen, soweit sie bisher mit ihnen in Berührung kamen, nicht befreunden und fühlen sich davon abgestossen."

Unsere Erwiderung:

Das polnische Pressebüro in Sofia existiert seit über 8 Jahren: die polnisch-bulgarischen Beziehungen sind schon einige Jahrzehnte alt, der erste bulgarische Fürst, Alexander von Battenberg, war mütterlicherseits Pole. Ueber die polnisch-bulgarischen Beziehungen haben sich sämtliche bulgarischen Staatsmänner in den letzten 2 Jahren in den wärmsten Worten ausgesprochen; es besteht darüber eine ganze Literatur, die wir der „Kreuz-Zeitung" nur empfehlen möchten.

Wir bringen vorläufig die Uebersetzung eines Aufsatzes, den K. Georgiew, früheres Mitglied der bulgarischen Gesandtschaft in Wien und Professor der orientalischen Akademie in der Zeitschirft „Wiadomości Polskie" vom 6. Mai 1917 veröffentlicht hat. Prof. Georgiew schreibt:

Zu derselben Zeit, als an der Morawa aufs Neue wieder die bulgarische Sprache erklang und in Mazedonien und in der Dobrudscha die Sonne der Freiheit aufgegangen ist, entsteht der Polnische Staat.

Die Freude aber, die in Bulgarien infolge der Entstehung des unabhängigen Staates einer den Bulgaren verwandten Nationalität empfunden wird, hat noch tiefere Gründe: Gründe kulturell-historischer und politischer Natur.

Wer den historischen Roman von Iwan Wasow „Pod igoto" (Unter dem Joche) gelesen hat, der fast in sämtliche europäischen Sprachen übersetzt worden ist, der weiss auch, dass alle polnischen Freiheitsbestrebungen in Bulgarien warme Freude, ja sogar Enthusiasmus hervorgerufen haben! Die kleine Kanone aus Kirschenholz, das Symbol der bulgarischen Freiheitskämpfe, „czereszowo topce" genannt, ist nach dem Muster der alten polnischen Holzkanonen, wie sie in den polnischen Kämpfen gegen den russischen Unterdrücker verwendet wurden, angefertigt worden.

Wir haben das polnische Brudervolk näher kennen

gelernt, als nach den unglücklichen Versuchen der Erringung der Freiheit tausende polnischer Emigranten in den damaligen türkischen Provinzen, besonders aber in Bulgarien, Gastfreiheit suchten und fanden. Die Städte, in denen diese Freiheitskämpfer, die Söhne eines hochgebildeten Volkes, gewohnt haben, verdanken ihnen in erster Linie ihren bedeutenden Fortschritt in geistig-kultureller Hinsicht. Sie haben das Interesse für die polnische Literatur geweckt, in der die Bulgaren so viele verwandte Seiten des eigenen Unglücks und Unterdrückung fanden, dieser polnischen Literatur, die weiterhin auch fortgesetzt die junge bulgarische Literatur beeinflusste, trotzdem sie selber den hartnäckigsten Verfolgungen unterworfen war.

So wurde eine ganze Reihe geistiger Verbindungen zwischen beiden Völker geknüpft — jedoch als die wichtigste erwies sich in der Folge die Gemeinsamkeit der politischen Interessen. Diese Gemeinsamkeit der politischen Interessen haben schon längst bulgarische Politiker, die nationale Zwecke verfolgten und den nationalen Geist Bulgariens beobachteten, festgestellt. Diese Interessengemeinschaft wird ihnen wahrscheinlich in mancher schwierigen politischen Situation als leitende Idee gedient haben. Das Los der Polen unter der russischen Herrschaft war ihnen eine deutliche Warnung und hielt sie vor übermässigen Konzessionen an Russland zurück. Es war ein genügender Beweis, dass das Slaventum allein ein von Petersburg abhängiges Volk nicht vor der Tyrannei schützen kann, ja noch mehr, dass es selber in eine gleiche Abhängigkeit geraten könnte . . .

Die Bulgaren schufen also einen Damm, der dem Allrussentum, das unter dem Mäntelchen des Panslavismus wirkte, entgegenwirken sollte und sie fanden hierbei die Unterstützung aller national denkenden Volksgenossen.

Als im Jahre 1914, bevor Bulgarien seine Neutra-

lität aufgab, die Frage erörtert wurde, an welche Seite sich Bulgarien stellen sollte, wiesen die Nationalisten auf die polnischen Legionen hin, die, trotzdem sie slavischen Stammes sind, dennoch freiwillig gegen Russland in den Kampf gezogen waren, indem sie richtig die Gefahr erkannt haben, die den slavischen Völkern von Russlands Seite droht.

Wenn daher die Zentralmächte einen unabhängigen polnischen Staat geschaffen haben, so bedeutet dies für Bulgarien eine wertvolle Garantie, dass Bulgarien den richtigen Weg gewählt hat. Seine Verbündeten erlauben es den kleinen Staaten aufs neue zu erstehen, — der Vierverband vergewaltigt dagegen nur die noch vorhandenen.

Der Einwand, dass die Proklamierung des polnischen Staates nur die Rekrutierung der polnischen Soldaten beabsichtigte, lässt sich natürlich nicht halten. Möge mir, als Bulgaren, die Frage erlaubt werden: was tat Russland im Jahre 1877? — Hat nicht die russische Armee, als sie kaum das bulgarische Territorium betreten hatte, und auch schon früher, in Rumänien, bulgarische Freiwillige, sogenannte „Opoltschentschen" geworben? — die gleichen „Opoltschentschen", deren Mut und tapfere Aufopferung für die Freiheit des Vaterlandes die russischen Heere auf dem Schipka-Pass gerettet haben?! Der russische Zar aber, als er den Krieg um die Gewinnung von Konstantinopel unternahm, hat in seinem Manifest mit keinem Wort von der Absicht, einen bulgarischen Staat zu schaffen, gesprochen. Erst die politische Situation in Europa hat die russische Diplomatie gezwungen, auf dem Berliner Kongress die Bildung eines bulgarischen Fürstentums zu verlangen.

Die Proklamation des Königreichs Polen ist ein ruhmreicher moralischer Sieg der Zentralmächte, in deren Reihen jetzt ein zweiter slavischer Staatsorganismus steht; der einen eigenen, ausgesprochen nationalen Charakter trägt.

Konst. M. Georgiew.

Die Freunde Polens in Ungarn.

Budapest, am 16. Juli 1917.

In den hiesigen Kreisen der Freunde Polens ist während des Krieges der Gedanke entstanden, den in Budapest existierenden polnischen „polnisch-ungarischen Klub“ durch eine auf breiterer Grundlage aufgebaute Vereinigung zu ersetzen, die insbesondere auch die politischen und wissenschaftlichen Kreise, die in dem früheren Klub nicht genüdend zur Geltung kamen, vertreten würde. Dank der Initiative des Abgeordneten Zsembery, des Vize-Präsidenten des Roten Kreuzes und eines warmen Freundes der Legionen, nahm dieser Gedanke gegenwärtig reale Formen an. Am 12. d. Mon. fand die Eröffnungsversammlung des „Verbandes“ statt, der damit auch seine Tätigkeit beginnt. Der Verband will mit Polen nähere intellektuelle und wirtschaftliche Beziehungen anknüpfen und, falls erforderlich, auch politische; dementsprechend zerfällt er in folgende vier Sektionen: 1) die präsidiale, 2) die wirtschaftliche, 3) die literarische und 4) die judendliche. Eine ganze Reihe der hervorragendsten Mitglieder und Persönlichkeiten der wissenschaftlichen und politischen Welt Ungarns sind dem neuen Verbande beigetreten.

Auf der Eröffnungsversammlung waren von polnischer Seite anwesend: Adam Graf Ronikier aus Warschau im Namen des Nationalen Zentrums (der vom Staatsrat entsandte Herr Ludwik Gorski konnte infolge unvorhergesehener Hindernisse nicht kommen), Dr. Ernest Habicht, Chef des Präsidialbüros des Obersten Polnischen Nationalkomitees und Dr. Jan Dąbrowski aus Krakau. Die polnischen Gäste wurden am Vorabend durch ein Festessen des Landesverbandes der ungarischen Katholiken gefeiert, wobei Graf Zichy, der frühere ungarische Kultusminister, der Vorsitzende des Verbandes, sie aufs herzlichste begrüsste.

Am Donnerstag, den 12 d. Mon. fand die Eröffnungssitzung des polnisch-ungarischen Verbandes statt,

auf der, nach Annahme der Statuten, die Mitglieder des Vorstandes gewählt wurden.

Sodann ergriff eine Reihe von Rednern das Wort. Von polnischer Seite sprachen Graf Ronikier, Dr. Habicht, T. Stamirowski, von ungarischer Seite die Abgeordneten Zzembery und Dobieczky und der Bischof Nemes. Alle Redner unterstrichen die grosse Bedeutung des Verbandes für beide Völker und drückten die Hoffnung aus, dass die Verbandsarbeit durch eine analogische Vereinigung auf polnischem Boden erleichtert werden wird. Den Vorsitz des neuen Verbandes bilden folgende Herren: Ehrenvorsitzende Graf Julius Andrassy, Graf Jan Zichy, Kardinal Primas Czernoch und Fürst M. Esterhazy. Zum Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Stefan Zsembery gewählt, zu seinem Stellvertreter der Abgeordnete Zoltan Hindy, zu Sekretären Dr. A. Jakabb und Baron J. Syntinis.

Im Vorstand des Verbandes sind sämtliche ungarischen Parteien vertreten (der Arbeit, die konstitutionellen, die katholischen und beide Unabhänpigkeitsparteien). Zu den Mitgliedern gehören alle hervorradenden Politiker sämtlicher Parteien, wie Exz. Berzeviczy, Universitätsrektor Mihalyfi, der Rektor der Technischen Hochschule Kovacz, Fürst Windischgrätz, die Staatssekretäre Perenyi und Graf Klebelsberg, Graf Batthyanyi, Minister à latere Graf Karolyi, Universitätsprofessor Marczali, Universitätsprofessor Meszaros, Abgeordneter Prälat Giesswein, Universitätsprofessor Concha.

Die neue Vereinigung findet in der öffentlichen Meinung Ungarns einen vorzüglich vorbereiteten Boden für ihre Tätikeit. War die Haltung des Ministeriums Tisza in der Polenfrage etwas zweideutig, so gilt dafür das gegenwärtige Ministerium als ein entschlossener Freund der Unabhängkeitsbestrebungen Polens und will daran tatkräftig mitarbeiten. Bekanntlich ist der moralische Führer des gegenwärtigen ungarischen Kabinetts

Graf Julius Adrassy, dessen Ansichten und Tendenzen in der Polenfrage weltbekannt sind. Ausser dem Ministerpräsidenten Grafen Esterhazy, nehmen drei andere Mitglieder der Andrassy-Partei einen für die Polen überaus wohlwollenden Standpunkt ein und zwar der neue Minister des Innern Gabriel Ugron, der Staatssekretär im Ministerium a latere Fürst Windischgrätz und Staatssekretär im Ministerpräsidium Markgraf Pallavicini. Fürst Windischgrätz ist ein herzlicher Freund der Polen, spricht polnisch und hat sich noch vor einigen Monaten mit dem Abgeordneten Ugron für die Vereinigung Galiziens mit dem Vonigreich Polen ausgesprochen. Bekannt ist auch der Standpunkt der Repräsentanten der beiden Fraktionen der Unabhängigskeitspartei im Ministerium, des Unterrichtsministers Grafen Apponyi und des Ministers a latere Grafen Batthyanyi. Graf Apponyi hat viele Male in der polnischen Frage das Wort ergriffen, seiner Bewunderung für die Legion Ausdruck gegeben, die Tragweite der polnischen Frage nachgewiesen und die Notwendigkeit einer derartigen Lösung der Frage betont, die den nationalen Ehrgeiz der Polen zu befriedigen vermöchte. Graf Batthyanyi ist, man darf sagen, Fanatiker der Polensache. Er betonte stets die Wichtigkeit der Rolle, die die galizischen Polen in der polnischen Frage zu spielen hätten. Er betonte auch häufig die Tragweite des Programmes des Obersten National-Komitees als des realsten Ausgangspunktes beim Baue des polnischen Staates.

Dem neuen polnisch ungarischen Verein dürfte es somit an warmen Freunden und Mitarbeitern in Ungarn nicht fehlen. Hungarus.

Eine Erklärung des Provisorischen Staatsrats.

Der Provisorische Staatsrat im Königreich Polen wendet sich in Sachen des Ausbaues des polnischen Heeres in einer Erklärung an die polnische Bevölkerung. Es wird darin zunächst betont, dass der Staatsrat, der berufen ist, an dem Wiederaufbau des polnischen Reiches mitzuarbeiten, vom ersten Augenblick seiner Tätigkeit an als leitenden Grundsatz aufgestellt hat, dass die Grundlage dieses Wiederaufbaus in der Bildung einer eigenen nationalen Armee liegen müsse und dass die Legionen die Kaders dieser Armee zu bilden hätten.

Die Erklärung gibt sodann einen Ueberblick über die Entwicklung der Heeresfrage bis zum Tage der Vereidigung. Es wird u. a. an die Wahl eines Heeresausschusses des Staatsrates und an die Begrüssung des Staatsrates als polnische Regierung durch die sämtlichen Legionsregimenter erinnert sowie an die Erklärung der freien polnischen Heeresorganisation, ihre Kräfte dem Staatsrate zur Verfügung zu stellen. Weiter wird der Bemühungen gedacht, die Legionen dem polnischen Staate zu übergeben und das Ausscheiden der österreichisch-ungarischen Untertanen zu verhindern. Die Legionen wurden als Kaders zur Bildung der polnischen Armee dem Oberbefehl des Generals v. Beseler unterstellt. Der Staatsrat hat sich ferner mit Erfolg bemüht, den polnischen Charakter des in der Bildung begriffenen Heeres zu sichern und hat u. a. auch die prinzipielle Zustimmung zur Vereinheitlichung des Militär-Gerichtswesens für alle Legionäre erreicht. Die endgültige Eidesform ist vor drei Monaten im Staatsrat angenommen worden, ohne irgend einen Widerspruch zu finden, sei es aus der Mitte des Staatsrates, sei es von ausserhalb. (Damit ist gesagt, dass auch die jetzt aus dem Staatsrate ausgetretene Linke für die Eidesform einstimmig gestimmt hat. Die Red.)

Der vom Staatsrat angenommenen Eidesform haben die Zentralmächte erst vor einigen Wochen zugestimmt. Nachdem man zu gleicher Zeit eine Erklärung der österreichisch-ungarischen Regierung erhalten hatte, dass sie die Zurückziehung der österreichischen Untertanen aus den Legionen nicht verlangt und nicht zu verlangen gedenkt, hat der Staatsrat die aus dem Kongresskönigreich stammenden Offiziere und Soldaten zur Ablegung des Eides aufgefordert, indem er darin den ersten Schritt zur Bildung einer regulären polnischen Armee erblickte. Jetzt erklärt der Staatsrat feierlich, dass diejenigen, die diesen Eid abgeleistet haben oder noch ableisten werden ebenso wie die Patrioten, die demnächst die Reihen der Freiwilligen vermehren werden, in militärischer Hinsicht zum Gehorsam gegenüber ihren militärischen Vorgesetzten verpflichtet sind. In politischer Hinsicht dagegen ist ihre höchste nationale Instanz der Staatsrat, der gegenwärtig einzige und anerkannte Vertreter des polnischen Staates, das heisst des Vaterlandes, dem sie Treue geschworen haben.

Ferner betont der Staatsrat, dass er, um die Bildung des künftigen polnischen Heeres nicht zu gefährden, den ersten Keim des eigenen Heeres nicht im gegenwärtigen Augenblick in den Strudel des Kampfes werfen will. Er erklärt aber ausdrücklich, dass er seine Arbeit auf dem Wege zur allerschnellsten Bildung einer nationalen Armee und einer nationalen Regierung, dieser ersten Fundamente staatlicher Unabhängigkeit, fortsetzen und sofort an die Organisierung der polnischen obersten Staatsbehörden herantreten wird.

„Als die gegenwärtig einzige Obrigkeit, die die politische Stellungnahme der polnischen Nation festzulegen befugt ist, und als deren gegenwärtige politische Regierung" erklärt der Staatsrat zum Schluss, dass das polnische Volk ein friedliebender Faktor zu sein wünscht, der auf die Beendigung der gegenwärtigen Kämpfe hinwirkt und jederman ausserhalb Polens das Recht abspricht, mit polnischem Blute zu wirtschaften. Bevor

nicht die Nation selbst durch einen allgemeinen und freien, im Königschloss zu Warschau versammelten Landtag die oberste Gewalt an sich nimmt, sind ausschliesslich die provisorischen Organe der polnischen Regierung, die auf polnischem Boden in der Hauptstadt des Landes amtieren, berechtigt und verpflichtet, das Volk dem von allen ersehnten Ziele entgegenzuführen.

Polen und Russland.

Die Beziehungen zwischen Polen und Russland gestalteten sich im Laufe einiger Jahrhunderte sehr verschieden, oft mit Freundschaftsanknüpfungen, immer aber mit einem feindlichen Endergebnis. So war es schon im 16. Jahrhundert, als der damalige polnische König Siegismund August und mit ihm ein Teil der Magnaten, besonders der litauischen, eine Union Polens mit Russland anstrebten, aber nach Art derjenigen, die mit Litauen geschlossen wurde, d. i. durch eine Union Gleicher mit Gleichen, Freier mit Freien; der damalige Zar, Iwan der Grausame, wollte von einer Union auf dieser Basis nichts wissen. Es scheiterten auch ähnliche Versuche der späteren polnischen Könige — es scheiterten somit die Versuche einer staatlichen polnisch-russischen Union. Russland hat lieber ganz Polen verschlingen wollen und es hat tatsächlich die Teilungen herbeigeführt. Der natürliche Zustand der beiden Völker war seitdem der Kampf, aber auch dieser war von Annäherungsversuchen unterbrochen. Es wird versucht, mit dem Zarismus zu verhandeln. So verhandelte Fürst Adam Czartoryski mit Alexander I., die revolutionäre Regierung von 1830, durch die Person des Fürsten Xawer Lubecki, mit Nikolaus I., Marquis Alexander Wielopolski 1861 bis 1863 mit Alexander II., Graf Siegmund Wielopolski mit Alexander III., endlich die Warschauer Aussöhnungspartei 1897 mit Nikolaus dem II. Alle diese Versuche haben

fehlgeschlagen; im Augenblick der staatlichen Not haben hie und da die Zaren Zugeständnisse den Polen gemacht, aber tieferblickende Politiker haben eingesehen, dass sie unehrlich und momentan waren und zogen es vor, zwischen Polen und Russland den Abgrund zu vertiefen. Nicht mit dem Zarismus sondern mit dem russischen V o l k e zu einer Aussöhnung zu gelangen, trachten in der Neuzeit demokratische Elemente in Polen und zwar auf zweierlei Weise. Seit Beginn der revolutionären Bewegung in Russland verhandeln mit ihr Polen, wenn auch nicht revolutionär gesinnte, aber im Namen ihres patriotischen Ideals. Es wurde vor 90 Jahren mit den Dekabristen verhandelt, in den fünfziger und in den sechziger Jahren mit Herzen und Bakunin; die ersteren waren von zentralistischen Tendenzen nicht frei, die beiden letzteren haben es 1863 mit Polen gut gemeint, besassen aber keinen tieferen Einfluss auf ihre Volksgenossen: die folgenden Generationen der Nihilisten (Verhandlungen mit der Narodnaja Wolja) und der Sozialrevolutionäre besassen schon kein Verständnis für das staatliche Sonderinteresse, auf das mancher kosmopolitisch gesinnter Pole, nie aber das polnische Volk verzichten konnte. Auch die Verhandlungen mit den russischen Halb- und Ganz-Liberalen, unternommen von Spasowicz in den 1870er und den 80er Jahren, oder von der polnischen Dumafraktion, führten zu keinem endgültigen Resultat, höchstens zu schwächlichen Autonomieverheissungen seitens der ewigen Theoretiker. Auf einer anderen Basis wollte ein gewisser Teil der Polen ihre Beziehungen zu den Russen begründen: auf der ethischen; von Zeit zu Zeit tauchten Mystiker auf, die an tiefe, umhersuchende, überirdisch schwebende, vom evangelischen Geiste gestragene Instinkte der russischen Volksseele glaubten und eine Verbrüderung der slavischen Völker im Geiste der Liebe und der höheren Jenseitsideale — im Gegensatz zu dem materialisierten Westen — anstrebten. Solche Ideen schwebten manchen polnischen Schülern Towiańskis des Mystikers vor

und bis in die letzten Jahre einigen katholischen Schwärmern, wie dem Professor Marjan Zdziechowski, der einst mit Władimir Sołowjew, darauf mit den Brüdern Trubetzkije befreundet, nach ihrem Vorbilde gestaltet Russland sehen möchte und ganz arge Enttäuschungenerlebt hat.

Alle diese Versuche der Herbeiführung eines modus vivendi mit Russland hatten keinen Erfolg. Die überraschenden Vorkommnisse, die wir erleben, beweisen, dass die polnisch-russischen Beziehungen im Endresultat von anderen Faktoren bestimmt werden: vom hartnäckigen Willen der Polen zur staatlichen Selbständigkeit, vom Schicksal des Weltkrieges, der das morsche Staatsgebäude Russlands mit dem Zarismus an der Spitze zertrümmert und dessen alte Formen aufgelöst hat, von der Politik der Zentralmächte, die die polnische Staatlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt haben. In der Verknüpfung dieser Geschehnisse mussten auch russische Politiker sich zur Unabhängigkeit Polens bekennen, mehr oder weniger unaufrichtig, wie die Kadetten, mehs oder weniger konsequent, wie die Arbeiter- und Soldatenausschüsse, im grossen und ganzen verschwommen und undefiniert, wie die ganze Lage Russlands. Gewiss sind die Keime, die die demokratischen Ideen ausgestreut haben, nicht spurlos unter den vielen Millionen Russen verschwunden; aber sie hätten noch Gott weiss wie viele Dezennien von Jahren auf Resultate warten müssen, wenn nicht die anderen Faktoren eingetreten wären, die über das Schicksal Polens entschieden haben.

Wie werden sich dazu die Polen stellen? Besonders wichtig für den Politiker ist die Frage der Stellungnahme der Bevölkerung des Königreichs Polen, besonders der massgebenden Kreise in Warschau. Darüber spricht sich eine Gruppe von Politikern aus, die vor einigen Wochen ein Sammelbuch unter dem Titel: Wobec przewrotu rosyjskiego (Angesichts der russischen Umwälzung), Warschau, Verlag W. Jakowicki, herausgegeben haben.

Ende 1915 hatten mehrere dieser Verfasser ein Sammelwerk, betitelt: „Mit oder gegen Russland“, herausgegeben, in dem sie dem damals, wie es schien, felsenfesten Zarismus ihr Misstrauen und ein nahes Ende voraussagten und die unbedingte Lostrennung Polens von Russland verlangten. Sie erwiesen sich als Kenner Russlands; ihre Worte verpflichten nicht nur sie selber, sondern auch die ihnen nahestehenden Gruppen und Richtungen. Dies hatte zur Folge, dass nach der russischen Umwälzung von ihnen eine Kundgebung über die neue Lage und Weisungen für die nächste Zukunft in den weitesten Kreisen erwartet wurden. Das genannte Sammelwerk erteilt die Antwort:

„Ueber die russische Revolution und die Polenfrage“ schreibt Tadeusz Grużewski, ein Politiker, der vor beinahe 20 Jahren die national-demokratische Partei mitbegründet und damals ein grundlegendes Buch über Russland gebschrieben hat, in dem er die russische Revolution von 1905 mit ihrem Misserfolg voraussah, später aber, als seine Freunde in das russenfreundliche Fahrwasser einlenkten, sich von diesen getrennt hat und seinen alten Idealen treu geblieben ist. Grużewski glaubt nicht an eine Erneuerung Russland. Nach der Revolution von 1905/6 sieht er nur Fortsetzungen des alten Imperialismus, diesmal nicht gegen Asien, sondern gegen den Balkan gerichtet; den Zusammenbruch des Zarismus schreibt er nicht den revolutionären Kräften zu, sondern dem Krieg, der Fäulnis des alten Regimes, der Hungersnot. Die Revolution hat bis jetzt keine Regierung, sondern zwei sich bekämpfende Regierungen hervorgebracht; die erste, die liberale, ist imperialistisch wie Russland immer war, aber innerlich zu schwach, um die Geschicke des Reiches zu lenken. Die zweite, die radikale, ist in ihren Friedensmanifestationen zweideutig, und, obwohl ihr Manifest betreffs Polens eine symptomatische Bedeutung hat, so wird es nicht zur Grundlage der Lösung der polnischen Frage

werden. Diese Grundlage befindet sich ausserhalb Russlands. Die Polen dürfen also auf Russland nicht zählen, dagegen müssen sie vor ihm auf der Hut sein, vor der Verwüstung, die die russische Revolution auf das nationale Bewusstsein der Polen ausüben könnte.

„Den zweiten Beitrag liefert einer der ältesten und ehrwürdigsten Publizisten Warschaus, Bolesław Lutomski. „Den Sturz des Despotismus", schreibt er, "und der bürokratischen Klique müssen wir Polen lediglich mit Genugtuung begrüssen. Wir sehen darin das Walten der Vorsehung, deren Urteile zwar spät gefällt werden, aber nie trügen können; wir sehen darin einen Akt der historischen Gerechtigkeit, sehen, wie das durch die Machthaber unterdrückte, moralische Gesetz Regierungen und Völker von der Oberfläche wegfegt, die, wie Krasiński sagte, „vergiftet sind durch der eigenen Verbrechen Gift"; wir sehen in dem Fall der erlebten Tyrannei, die sich über ein sechstel der Erdoberfläche erstrckt kat, neue Horizonte, die sich der Menschheit öffnen. Des beispiellosen Unrechts, aller Vergewaltigungsakte, der Hinterlist und des Bösen nicht gedenkend, das man uns zugefügt hat, wünschen wir in diesem Augenblicke dem russischen Volke von ganzem Herzen, dass auf seinem finsteren Himmel der Stern der Freiheit und der Menschenwürde erglänzen möge, dass seine Hände nicht wieder in Fesseln geschlagen werden; möge es durch seine den neuzeitlichen Institutionen angepasste Erziehung den Weg finden, der es auf die Bahn des Fortschritts führen und mit dem die Welt regierenden Recht in einen Einklang bringen soll."

Bis jetzt ist aber Russland von diesem Ideal weit entfernt und es wird ungeheuer viel Kraft und Zeit brauchen, um sich durch Blut und Mühsal zu anderen Daseinsformen durchzuarbeiten. In einer anderen Lage befindet sich Polen." Polen bildet durch seine Vergangenheit und historische Seele, durch seine Religion

und Zivilisation, Poesie und Kunst, durch seine Ueberlieferungen und Aspirationen, seine nationale Individualität und Seelenverfassung, den Gegensatz zu Russland, gleichgiltig, welche Formen das letztere annehmen wird, selbstherrliche oder republikanische, kommunistische oder anarchistische. Dieser Gegensatz ist permanent, ist das Produkt von Jahrhunderten, weder Kämpfe noch Verträge, weder Unterdrückungen noch Versicherungen der Brüderlichkeit werden ihn beseitigen. „Denn Polen und Russland" so sagt Mickiewicz, „sind nicht zwei Länder, sondern zwei Gedanken in der slavischen Welt, die, zur Verwirklichung strebend, nach der ausschliesslichen Herrschaft verlangen und sich gegenseitig verdrängen müssen. Je nach dem Schicksal der Kämpfe, gravitieren die slavischen Länder und Völker zur einen oder anderen Seite, und die ursprüngliche, heidnische Zweiart der slavischen Rasse und Sprache findet darin ein neues Element der Höherentwicklung. Du findest kein Land und kein Volk, wo nicht die Vertreter dieser beiden feindlichen Parteien zu finden wären."

Wir können Russland und seiner Provisorischen Regierung nur folgendes erklären: Wenn ihr wirklich die Befreiung eures Vaterlandes wollt, so hört auf, das unglückliche Polen durch Versprechungen zu ködern, die ihr weder einhalten wollt noch könnt. Wir wollen ein unabhängiges Volk sein, der Akt des 5. November, den die Zentralmächte verkündet haben, ist der Anfang der Wiedererrichtung des polnischen Staates. Wir hegen durchaus nicht den Wunsch, aufs neue in den blutigen Abgrund der russischen Anarchie zu tauchen. Wir wollen zur westlichen Konstruktion zurückkehren, zu den harmonischen Formen und logischen Begriffen".

Einen interessanten Beitrag zu den russisch-polnischen Beziehungen liefert der Herausgeber des „Goniec", Zygmund Makowiecki. Auch sein Standpunkt der russischen Revolution gegenüber ist durchaus pessimistisch; aus eigenen Erinnerungen berichtet er über die polnisch-russischen Konferenzen, die in den Jahren 1904

bis 1906 in Moskau stattgefunden haben. Die Stellung der Kadetten war immer unaufrichtig, sie schwang sich höchstens zu der Gewährung einer Autonomie auf, aber nur in den privaten Unterhandlungen, in der Duma auch dazu nicht. Auch das „junge Russland" beschränkte sich auf Verheissungen. In der gegenwärtigen Revolution blieben dieselben Faktoren massgebend; da die Soldaten zu unreif sind, um ein politisches Programm zu verfolgen, heisst es also: Auf der Hut sein!

„Ueber die Polenfrage in den Programmen der russischen oppositionellen und revolutionären Parteien" schreibt der Sozialist L. Kulczycki, dessen „Geschichte der russischen Revolution" auch in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Alle antizarischen Bewegungen seit der Dekabristenzeit ziehen an uns vorüber, wir erkennen die Rolle, die die Polenfrage dabei gespielt hat. Das für die Unabhängigkeit günstige Manifest des Arbeiter- und Soldatenrates betrachtet Kulczycki vom polnischen Standpunkt aus für nützlich; die Realpolitik fordert aber, „dass wir auch weiter unsere Existenz auf die Zentralmächte stützen müssen, denn Russland ist so gross, dass jede Verbindung mit ihm uns mit dem Ertrinken in dem russischen Meere bedroht".

Wir hegen für das russische Volk keinen Hass, wünschen ihm das Allerbeste, freuen uns, dass es die zarischen Ketten abgeworfen hat und dass wir im Osten ein demokratisches Reich zum Nachbarn haben werden, statt einer orientalischen Despotie — aber alles das kann uns die Wahrheit nicht verbergen, dass jede Verbindung für uns mit einem Reiche von 180 Millionen, selbst in militärischer Form, unerwünscht, weil gefährlich ist.

In dem demokratischen Russland werden nach der revolutionären Exaltation, nach dem Freiheitstaumel, normale Zeiten kommen. Die nationalistischen und imperialistischen Strömungen werden sich weiter entwickeln, wie auch in den anderen Ländern. Wir ziehen es daher vor, uns von Russland abzusondern und, auf dem Bo-

den des Aktes vom 5. November stehend, einen getrennten, gänzlich unabhängigen polnischen Staat zu bilden, der durch keinerlei Union mit Russland verbunden ist.

Dies soll uns durchaus nicht daran hindern, nach dem Kriege mit Russland die besten freundnachbarlichen Beziehungen zu unterhalten, aber wir dürfen es nie vergessen, dass uns der Westen näher steht, wie der Osten."

Der frühere Dumaabgeordnete M. Łempicki reasumiert in einem Schlusswort die polnisch-russischen Auseinanderzetzungen und kommt zu den folgenden Schlussfolgerungen:

1. Das Zusammenleben Polens mit Russland ist in jeder Form schädlich. Die polnischen und russischen Kulturen und Interessen sind diametral verschieden; auch wird Russland nie auf die zwischen ihm und Polen liegenden Territorien verzichten wollen."

2. Die Revolution ist ein für die Zentralmächte günstiges Ereignis, das auch zur Zurückwerfung Russlands gegen Osten ausgenutzt werden müsste.

3. Russland ist ein Land der Extreme; jetzt beginnt dort eine Zeit der Experimente, der Anarchie und der folgerichtigen Auflösung in die einzelnen nationalen Bestandteile. Als Endresultat scheint am wahrscheinlichten die Entstehung einer Monarchie zu sein, mit der Residenz in Moskau und im Rahmen des Grossrussentums.

4. Für Polen kann die Revolution schädlich oder nützlich sein, je nach ihrem weiteren Verlauf. Ein Friedensschluss vor der Abtrennung der westlichen Provinzen Russlands von diesem Reiche wäre für Polen nachteilig, dagegen ist es von der grössten Wichtigkeit, dass Polen im gegenwärtigen Stadium des Krieges, als ein aktiver Faktor, mit einer ansehnlichen Heeresmacht, sich an die Seite der Zentralmächte stellt.

5. Der Aufruf der Provisorischen Regierung an die Polen muss als ein politisches Manöver betrachtet werden. Wichtig an ihm ist nur die Anerkennung des

Prinzips der Unabhängigkeit des polnischen Staates.

Soviel die Verfasser des erwähnten Sammelwerkes.

Es wäre eine Uebertreibung, behaupten zu wollen, dass die Verfasser das gesamte polnische Volk darstellen. Solche Generalrepräsentanten gibt es im modernen Völkerleben nicht und kann es im zerrissenen Polen, von dem Millionen seiner Söhne auch in Russland leben müssen, nicht geben. Es ist aber wichtig, dass diese kritischen und zugleich schöpferischen Ideen in den verschiedenen Volksschichten tief wurzeln und die Basis einer besseren Zukunft bilden.

Man kann über die Möglichkeiten der russischen Psyche und der russischen Entwicklung verschiedener Meinung sein. Vielleicht sucht der bis jetzt schlummernde Riese neue Formen, um sich auszuleben. Formen, die ihm besser passen sollen. Das eine aber steht ein für allemal fest: Polen muss von Russland getrennt leben! Je weiter, je baldiger und je tiefer, desto besser!

F. Kreczowski.

Die deutsche Kaufmannschaft und die Rechtsprechung in Polen.

Angesichts der bevorstehenden Uebergabe der Rechtsprechung in Polen in die Hände der polnischen Behörden äussert der Leipziger Wollhändlerverband Besorgnisse und befürchtet, dass die ausstehenden Forderungen der deutschen Gläubiger in Polen gefährdet werden könnten. Auch das „Berliner Tageblatt“ ergreift in dieser Angelegenheit das Wort. Dort weist ein angeblicher Kenner der Verhältnisse darauf hin, welch ein trauriges Kapitel die Rechtsprechung in „Russisch-Polen“ für den deutschen Kaufmann früher war. Schon das russische Handelsrecht und die russische Zivilprozessordnung stand nicht auf der Höhe der modernen Rechtsauffassung und schlimmer verhielt es sich mit der Unparteilichkeit der dortigen Richter. Nicht

wurde Recht gesprochen wie in Deutschland, ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit; die russisch-polnischen Richter waren vielmehr häufig bestrebt, den Zeiger an der Wage des Rechtes nach der Seite ihrer Landsleute ausschlagen zu lassen. Unter diesen Umständen nimmt es kein Wunder, dass der deutsche Kaufmann bei seinen Geschäften mit Russisch-Polen früher die Inanspruchnahme der dortigen Gerichte tunlichst vermied, und wenn es nicht gelang, ein unparteiisches Schiedsgericht zu finden, den magersten Vergleich dem fettesten Prozess vorzog, oder, um nicht noch gutes Geld schlechthin zu opfern, lieber auf sein Recht verzichtete.

Diese Verhältnisse haben sich mit der Schaffung eines deutschen Generalgouvernements geändert; die Bezirksgerichte wurden mit deutschen Richtern besetzt und die russische Zivilprozessordnung durch die deutsche ersetzt. Jetzt aber, so schreibt das „Berliner Tageblatt", zieht die Regierung in Erwägung, „einen Abbau der deutschen Gerichte in Russisch-Polen vorzunehmen und wieder polnische Richter an die Stelle der deutschen treten zu lassen. Die deutschen Geschäftskreise sind infolgedessen von ernster Sorge erfüllt, dass nach der kurzen Periode der Rechtssicherheit nun wieder die alten Zustände eintreten. Es mag nichts gegen den guten Willen der polnischen Richter gesagt werden. Ob sich aber ein Richter, dessen ganze bisherige Tätigkeit unter russisch-polnischer Herrschaft verlief, und dessen ganzer Ausbildungsgang sich unter den entsprechenden Verhältnissen vollzogen hatte, mit einem Sprung die strenge Auffassung, die Unparteilichkeit und die Gewissenhaftigkeit deutscher Richter zu eigen machen wird, daran einige Zweifel zu hegen, dürfte berechtigt sein. Ein weiteres Bedenken liegt in der Frage, nach welcher Prozessordnung die polnischen Richter verfahren sollen."

Wir lesen obige Auslassungen und wissen nicht, was wir mehr bewundern sollen; die Weltfremdheit der

Verfasser oder die Kurzsichtigkeit der Pressorgane, die solchen Auslassungen Raum gewähren.

Erfahrene deutsche Kaufleute konnten das nicht geschrieben haben, konnten nicht fortgesetzt von „polnischen Gerichten" fabeln, die nur zu geneigt waren, „Politik und Rechtsprechung mit einander zu verquikken", oder die Rückkehr der alten Zustände befürchten, in denen „ein Richter, dessen ganze bisherige Tätigkeit unter russisch-polnischer Herrschaft verlief und dessen ganzer Ausbildungsgang sich unter den entsprechenden Verhältnissen vollzogen hatte, nun weiter seines Amtes walten wird". Jedermann, der ein wenig die vor dem Kriege in Russisch-Polen herrschenden Zustände kannte, weiss sehr gut, dass bis dahin im sogenannten Russisch-Polen keine polnischen Gerichte und keine polnischen Richter tätig waren Seit der sogenannten Reform des dortigen Gerichtswesens wurden keine Polen mehr zu Richterämtern zugelassen, es sei denn als Schreiber oder auf ganz subalternen Posten. Es gab wohl polnische Richter und ganze polnische Gerichtshöfe, aber — in Sibirien, im Kaukasus, wohin die polnischen Juristen, nur in seltenen Fällen nach einer kurzen Praxis als Dollmetscher in der Heimat, abgeschoben wurden. Unter diesen Verhältnissen litt sowohl die polnische wie die deutsche Geschäftswelt, sofern sie sich nicht durch die bekannte „Łapówka" salvierte. Darin hatten die deutschen Fabrikanten eben soviel Erfahrung, wie die polnischen Interessenten und die Herren aus Łódź dürften darüber manches Interessante erzählen können.

Das Land steht jetzt vor einer neuen Epoche; das Justizwesen soll dem polnischen Staatsrat übergeben werden und es stellt sich heraus, das keine geeigneten Beamten dazu vorhanden waren, eben deswegen, weil vor dem Kriege nur Russen in Polen angestellt wurden, die vor den anrückenden verbündeten Heeren geflüchtet sind. Der Staatsrat hat nun eine Anzahl polnischer Rechtsanwälte gewonnen und einen Lehrkursus eingerichtet; er kam dadurch in die Lage, polnische Gerichte,

wahrscheinlich vom 15. August ab, amtieren lassen zu können. Ganz neue Leute kommen jetzt an das Ruder und zu den Amtshandlungen. — Jedermann der eine polnische Zeitung liest, der mit dem Lande Fühlung unterhält, weiss es, dass die alten Gerichte und die alten Richter zur Vergangenheit gehören; sollten dies nur kaufmännische Korporationen in Leipzig und die Redaktionen grosser Berliner Tageszeitungen nicht wissen? Mit welchem Rechte drücken sie jetzt schon ihr Misstrauen aus und verdächtigen die neuen polnischen Justizämter?

Was das Handelsgerichtswesen anbetrifft, so werden nach der neuen provisorischen Gerichtsordnung besondere Handelsgerichte einstweilen noch nicht ins Leben gerufen. Bei den Bezirksgerichten werden je nach Bedarf Handelsausschüsse geschaffen werden, in denen auch von der Kaufmannschaft gewählte Handelsrichter wirken werden. Wer die tatsächlichen Verhältnisse der Kräfte Polens kennt, weiss sehr gut, dass die nicht polnischen Kaufleute im Lande stark vertreten sind und dass diese auch verstehen werden, ihre Interessen wahrzunehmen.

Der junge polnische Staat kämpft mit den verschiedensten Schwierigkeiten und es gibt genug Leute in Deutschland, die ihm Knüttel zwischen die Beine zu werfen versuchen. Wir hoffen, dass die Vertreter der deutschen Kaufmannschaft darunter nicht anzutreffen sind und haben bis jetzt auch keine Beweise dafür, dass solche antipolnischen Aufsätze von Kaufleuten herstammen könnten. Kaufleute sind auch weltklug und würden sich wohl hüten, in einer so provozierenden, aufreizenden Weise über ein Land zu schreiben, mit dem sie doch weiter in guten geschäftlichen Beziehungen zu bleiben wünschen. Das können nur manche P o l i t i k e r tun, denen es erwünscht ist, gegenseitiges Misstrauen und gegenseitige Aufreizung hervorzurufen. Wir müssen bedauern, dass das „Berliner Tageblatt“ im gegebenen Falle diesen Politikern zum Opfer gefallen ist.

NOTIZEN.

Politisches.

Die Vertreibung der Russen aus Galizien gehört zu den militärischen Grosstaten, die im Laufe des gegenwärtigen Krieges schon mehrmals das Staunen der Welt hervorgerufen und die im höchsten Grade die Bewunderung aller Freunde und unsere Siegeszuversicht erregen müssen. In dem gegebenen Falle handelt es sich um ein grosses Stück Galizien, dessen einer Teil schon seit 3 Jahren in den Händen des Feindes war und wo manche Ortschaften während des Krieges mehrere Male den Besitzer gewechselt haben, wo die Russen sich schon ganz heimisch fühlten und die Landeseinwohner beinahe jede Hoffnung verloren haben. Es geschah hier wie immer: solange die Russen glaubten, das Land behalten zu können, behandelten sie es ziemlich schonend; sobald sie aber gezwungen wurden, es zu verlassen, oder in den Städten, die sie in den letzten Tagen vorübergehend besetzt haben (Kałusz!) liessen sie jede Rücksicht fahren und wurden zu Unmenschen. Was die befreiten Einwohner von Kałusz, Monasterzyska, Tarnopol erzählen, was die eingeäscherten Häuser und Ruinen bezeugen, spottet jeder Beschreibung. Die „Freiheitssoldaten" Kereńskis standen auf derselben Höhe wie die zarischen Soldaten. Einige Aufregung genügte, und aus dem Republikaner kroch der Mongole heraus.

Wie kann von einer folgerichtigen Aenderung des Seelenzustandes die Rede sein bei Leuten, die entweder Analphabeten sind oder aus der zarischen Schule kommen! Es genügt eben nicht, eine Republik zu proklamieren; zu einer Republik gehören auch „Republikaner". Und wo das Land so „reif" ist wie Russland, dort erlebt man eben Enttäuschungen nicht nur bei der rohen Soldatenmasse, sondern auch bei Kereński, der durch ideale Motive auf den Vordergrund der Weltgeschichte getrieben worden und in wenigen Wochen dazu gekommen ist, den Krieg aufs neue zu entfachen, ferner „mit Blut und Eisen", mit der Einführung der Todesstrafe und Verneinung der feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechte der Völker seine Ideale retten zu müssen.

Mit einer desto grösseren Hoffnung grüssten die Einwohner in Galizien die Armeen der Verbündeten.

Staatsratsmitglied Włodzimierz Kunowski ist in Warschau in den besten Mannesjahren gestorben. Ingenieur vom Fach, Sozialist von Ueberzeugung, gehörte Kunowski zu den am meisten energischen Vorkämpfern der Unabhängigkeit seines Vaterlandes. Im Jahre 1914 verband er sich mit Piłsudski bei dessen Einmarsch in Kongress-Polen, es gelang ihm nach grossen Schwierigkeiten nach Warschau zu kommen, wo er Geiste der Legionen tätig war, nach der Bildung des Staatsrates wurde er durch seine Partei in denselben ent-

sandt und war dort Direktor des Arbeitsdepartements. Im Monat Mai ds. J. begab er sich, schon schwer leidend, zu der Polenkonferenz nach Stockholm. Nach der Rückkehr ist er seinem schweren Leiden erlegen. Eik aufopfernder Idealist, ein schlichter, vortrefflicher Mann, hinterlässt er das allerbeste Andenken.

Der Staatsrat an die polnischen Demokraten in Russland. Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen hat an das polnische „Demokratische Komitee" in Petersburg folgendes Telegramm abgesandt: „Die Konstituierung der polnischen Regierung erfolgt binnen kurzem. Betreffs Bildung einer polnischen Armee in Russland verbleiben die Stockholmer Beschlüsse in Kraft, welche sowohl die Billigung des Staatsrats wie der ganzen öffentlichen Meinung Polens erhalten haben. Dies bedeutet, dass mit Rücksicht auf die polnische Politik allen Bestrebungen nach Bildung einer polnischen Armee in Russland unbedingt entgegengearbeitet werden muss. Dagegen ist die Bildung der polnischen Armee in Polen eine allgemein anerkannte Notwendigkeit, die von der künftigen polnischen Regierung nicht übergangen, sondern vor allem anderen erledigt werden wird."

Zur Haltung der Polen. Der Kriegsberichterstatter des Berliner Tageblattes, Herr Leonhard Adelt, berichtet in seinem Telegramm vom 18. Juli (Nr. 364): „Die drei Transamurischen Divisionen, unter denen sich viele rein mongolische Formationen befinden, gingen mit viel Begeisterung ins Feuer. Dagegen hielt sich die polnische Division, die gegenüber dem Hochwald von Szybalin lag, zurück. Nachts kamen von ihr zahlreiche Ueberläufer; während meines Aufenthalts bei einem Honvedregiment allein 580. Der russische Kommandant liess deshalb jede Nacht Sperrfeuer vor die eigenen Linien legen." Und im Berichte vom 27. Juli (Nr. 380) schreibt Herr Adelt: „Jene polnische Division, die ich aus zahlreichen Ueberläufern schon vor Brzeżany kennen lernte, zertrat die russische Kokarde mit Füssen, steckte den polnischen Adler auf und ergab sich in geschlossenen Massen den Honveds."

Das polnische demokratische Komitee in Petersburg, an dessen Spitze General Babiański und Lednicki stehen, erlässt einen Aufruf an sämtliche polnische demokratische Klubs, Verbände und Vereinigungen in Russland. Danach werden nachdrücklich die allgemeinen demokratischen Grundsätze betont. Ferner wird der Sieg der russischen Demokratie begrüsst und mit Vertrauen die Erklärung der russischen Nation betreffend Polen entgegengenommen. Ueber das Verhältnis Polens zu Russland wird kein Wort gesagt, dagegen heisst es ausdrücklich: Die polnische Demokratie erklärt, dass die polnische Emigration in Russland eine selbstständige Politik nicht treiben kann und nicht treiben darf. Die polnische Demokratie be-

schloss, dass bis zu dem Zeitpunkte, wo der freie Wille der polnischen Nation andere staatliche Organe einsetzen wird, der provisorische Staatsrat in Warschau die polnische Regierung ist, die die polnische Politik leitet.

Amnestie für die polnischen Legionäre in Russland. Aus Petersburg wird berichtet, dass die dortige offizielle Kommission zur Liquidierung der Angelegenheiten des Königreichs Polen bei der provisorischen Regierung Schritte unternommen hat bezüglich des Schicksals der mit Beginn des Krieges in russische Gefangenschaft geratenen Legionäre, die russische Staatsangehörige sind. Bekanntlich hat die damalige russische Regierung beschlossen, dieselben als Hochverräter zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. Die Kommission verlangte, dass die Legionäre wie alle anderen Kriegsgefangenen polnischer Nationalität behandelt werden und die gegen sie schwebenden Verhandlungen sistiert sowie die gefällten Urteile annuliert werden. Diesem Verlangen des unter Lednicki stehenden Komitees hat die russische Regierung nachgegeben.

Zur Judenfrage in Polen. Der „Deutschen Warschauer Zeitung" vom 17. Juli wird von jüdischer Seite geschrieben:

„Für einen Politiker bleibt es immer bedenklich, wenn er unter Missachtung der Forderung des Augenblicks für seine Anhänger Phantome aufstellt, deren Erfüllung er getrost für eine ferne Zukunft versprechen kann, in dem beruhigendem Bewusstsein, dass ihm der Wechsel zur Einlösung niemals präsentiert werden kann. Es will uns bedünken, dass auch der jüdische Nationalismus in diesen Bahnen geht. Ohne daran zu denken, dass die Aufstellung der Forderung jüdischer nationalistischer Sonderstellung auf unbezwinglichen Widerstand der Polen stösst und stossen muss, dass die notwendige Tatsache der absoluten bürgerlichen und wirtschaftlichen Gleichstellung immer und immer wieder durch diesen Gegensatz behindert wird, lädt er unter Umständen die Schuld auf die Juden, wenn in irgendeiner Konstellation das Königreich Polen zum Nationalitätenstaat, nicht zum Nationalstaat erklärt wird. Dass aber eine derartige Eventualität den Gegensatz zwischen Polen und Juden für alle Zeiten verewigen würde, daran sollte jeder denken, der in sich Verantwortlichkeitsgefühl hat. Es muss aber aufs entschiedenste abgelehnt werden, wenn der Nationalismus es wagt, diejenigen Teile der polnischen Juden, welche rücksichtslosen Anschluss an den Staat Polen suchen, in der deutschen Presse dadurch herabzusetzen, dass er sie als Verräter an deutschen und jüdischen Interessen zu brandmarken sucht. Deutschland, welches ein einmal gegebenes Versprechen stets in der ehrlichsten Weise einlösen wird, will, dass auch die Juden Polens sich in das neue Staatsgebilde harmonisch einfügen. Deutschland wird niemals durch Schürrung eines künstlichen

Gegensatzes zwischen Polen und Juden etwa die Juden als Vorkämpfer deutscher Interessen in Anspruch nehmen, niemals auch die sprachwissenschaftliche Tatsache, dass das Jiddische ein deutsches Idiom ist, in den Bereich politischer Wünsche einbeziehen."

Verwaltung.

Ein polnischer Städtebund. Der Warschauer Stadtrat nahm einen Gesetzentwurf an, einen polnischen Städtebund ins Leben zu rufen, dessen allgemeine Aufgaben bezwecken sollen, den Wohlstand der Städte zu heben und eine Verallgemeinerung der Einrichtungen zu erstreben, die für die zum Bunde gehörigen Städte nützlich sind.

Kommunale Zwangsanleihen in Polen. Eine Verordnung des Generalgouverneurs in Warschau verfügt, dass von den Entschädigungen, die bekanntlich zurzeit für Requisitionen in Polen ausgezahlt werden, 50 Prozent in den Anleihen der Kommunen anzulegen sind, in denen der Entschädigte wohnt, um auf diese Weise den gänzlich zerrütteten Finanzen der polnischen Gemeinden aufzuhelfen. Diese gemeindlichen Anleihen sind drei Jahre nach Friedensschluss rückzahlbar. Ein in Bälde erscheinendes Gesetz soll auch diejenigen, die keine Kriegsschäden usw. vergütet bekommen, im Verhältnis ihres Vermögens anhalten, diese städtischen Zwangsanleihen zu übernehmen.

Kultur.

Kriegsbegräbnisse in Warschau. Infolge des Mangels an Pferden und der hohen Preise der Fuhrwerksunternehmer hat in Warschau, in den Krankenhäusern, die Ueberführung von Leichen auf Handwagen, die von Menschen gezogen werden, Eingang gefunden.

Wirtschaftliches.

Neue Versicherungsgesellschaften in Polen. Eine grosse Belebung lässt sich in Polen gegenwärtig im Versicherungswesen feststellen. Neben der bereits bestätigten Versicherungsgesellschaft „Wisła", der Kreise der Warschauer und Lodzer Fabrikanten nahestehen, soll eine weitere Feuerversicherungsgesellschaft „Polonia" gegründet werden. Auf dem Gebiete der Lebensvericherungen entsteht die Gesellschaft „Lech", die über grössere polnische Kapitalien verfügen soll. Schliesslich bemüht sich die Krakauer Feuerversicherung um die Berechtigung, in dem deutschem Okkupationsgebiet wirken zu können; sie soll beabsichtigen, in Warschau eine Filiale zu gründen.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.